

A stylized map of Macedonia composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or regions.

Was ist los in Mazedonien?

Ein parlamentarisches Trauerspiel vor den Toren der EU

HEINZ BONGARTZ
März 2013

- Von Mazedonien ist in der öffentlichen Berichterstattung fast ausschließlich im Zusammenhang mit dem »Namensstreit« mit dem benachbarten Griechenland die Rede. Während dessen hat sich – in Deutschland kaum wahrgenommen – im Inneren des Landes die Konfrontation zwischen den beiden größten ethnisch mazedonischen Parteien, der regierenden rechtskonservativen VMRO-DPMNE und den oppositionellen Sozialdemokraten, gefährlich zugespitzt.
- Die Regierung macht dabei in den letzten eineinhalb Jahren in zunehmendem Maße von ihren »administrativen Ressourcen«, der Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Verfolgung und Schließung missliebiger Medien, sowie der Förderung eines von ihr selbst kontrollierten »Nichtregierungssektors« Gebrauch.
- Der Konflikt eskalierte während der Haushaltsdebatte an Heiligabend 2012, dem »Schwarzen Montag«, als die Oppositionsabgeordneten und alle Journalisten unter Gewaltanwendung aus dem Parlamentssaal geworfen wurden, um eine verfassungswidrige Verabschiedung des Haushaltes zu garantieren. Infolgedessen wurde das mazedonische Parlament bis zur von EU-Kommissar Füle vermittelten vorläufigen Verständigung beider Blöcke am 1. März 2013 von der Opposition boykottiert.
- Von entscheidender Bedeutung für die weitere innenpolitische Entwicklung wird der Verlauf und Ausgang der Kommunalwahlen am 24. März sein, sowie die Ergebnisse einer zu den Dezember-Ereignissen eingesetzten Untersuchungskommission. Beides wird erhebliche Auswirkungen haben auf den von Mazedonien angestrebten weiteren EU-Beitrittsprozess.

Genese des Konflikts

Am 5. Juni 2011 gewann bei den von der Opposition durch Parlamentsboykott erzwungenen vorzeitigen Parlamentswahlen, die von der VMRO-DPMNE geführte Koalition der rechtsorientierten nationalistischen Parteien zum dritten Mal in Folge die Mehrheit. Allerdings verdoppelte sich auch die Zahl der Abgeordneten der von der sozialdemokratischen SDSM geführten Opposition. Das Wahlergebnis zeigte signifikante Veränderungen der Wählerstimmung zu Gunsten der Opposition. Zusammen mit den Stimmen der kleinen Oppositionsparteien, die aufgrund des mazedonischen Wahlrechts keine Abgeordnetenplätze im Parlament erhielten, erzielte die Opposition bei diesen Wahlen in absoluten Stimmen gemessen sogar eine größere Unterstützung als die Regierungsparteien. Dies ermutigte die oppositionelle SDSM, sofort nach den Wahlen eine breitere »Koalition in der Opposition« gegen die Regierungsparteien zu formen. In dieser Oppositionskoalition sind ebenfalls kleinere Parteien vertreten, die bis dato eher dem konservativen Spektrum zuzuordnen waren.

Die Opposition wurde vor den Wahlen massiv vom Fernsehsender *A1*, dem meistgesehenen und einflussreichsten Kanal, unterstützt. Dieser private Fernsehsender hatte noch bei den Wahlen 2006 und 2008 den rechtsgerichteten nationalistischen Parteien geholfen, an die Macht zu kommen. Ihr Eigentümer und Unternehmer Velija Ramkovski, der gleichzeitig auch die Tageszeitungen mit den höchsten Auflagen *Vreme*, *Shpic* und *Koha* herausgab, fand sich jedoch 2011 in einem Konflikt mit der Regierung wieder; seitdem unterstützten seine Medien offen die Oppositionsparteien.

Die »Rechte« in Mazedonien, die zu diesem Zeitpunkt bereits alle anderen Medien im Lande kontrollierte und die den staatlichen Fernsehsender bereits zum völlig einseitig berichtenden Regierungs-/Propagandasender umgestaltet hatte, agierte zunehmend gegen die öffentliche Kritik des Fernsehsenders *A1*. Im Dezember 2010 drangen Spezialeinheiten der Polizei in die Räumlichkeiten des Fernsehsenders *A1* ein, beschlagnahmten Dokumente und verhafteten Ramkovski zusammen mit seinen Familienangehörigen und einer großen Zahl von Mitarbeitern. Sie wurden beschuldigt, »Straftaten verbunden mit Geldwäsche« begangen zu haben. Das Vorgehen der Polizei verhalf der Opposition dazu, die zunehmend regierungskritische Stimmung im Land zu

mobilisieren und Massenproteste zu organisieren. Ihre Abgeordneten boykottierten aus Protest das Parlament, um so vorgezogene Neuwahlen zu erzwingen, die dann am 5. Juni 2011 durchgeführt wurden.

Die »rechten« Parteien um VMRO-DPMNE gewannen die Wahl mit einer Mehrheit von nur 6 Prozent der Stimmen. Am Tag nach den Wahlen wurde der Vorsitzende der kleinen Oppositionspartei »Vereinigt für Mazedonien«, Ljube Boshkovski, von der Polizei öffentlichkeitswirksam verhaftet. Man beschuldigte den heftigsten Kritiker der Regierung, der während seines Wahlkampfes drohte, die Straftaten der Regierung aufzudecken, »seine Partei illegal finanziert« zu haben. (100.000 Euro wurden bei ihm beschlagnahmt und weitere 30.000 Euro muss er nach dem Gerichtsurteil zahlen.) Die Polizei bediente sich zur Aufdeckung dieser Straftat eines »agent provocateurs«, indem ein »verdeckter Ermittler der Polizei« ihm Geld zur Finanzierung seines Wahlkampfes angeboten hatte. Boshkovski, der ehemalige Polizeiminister in der VMRO-DPMNE-Regierung, wurde zu sieben Jahren Gefängnisstrafe verurteilt; er wurde gezwungen, vom Gefängnis aus öffentliche Entschuldigungen an alle Regierungsvertreter zu schreiben, die er während des Wahlkampfes beleidigt hatte, um so hohe Gerichtsstrafen für »Verleumdung« zu verhindern.

Sofort nach den Wahlen wurde der oppositionelle Fernsehsender *A1* zusammen mit den meist gelesenen Tageszeitungen *Vreme*, *Shpic* (auf Mazedonisch) und *Koha* (auf Albanisch) geschlossen. Der Eigentümer des Fernsehsenders, Velija Ramkovski wurde bei seinem Gerichtsprozess zu 13 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt, die Gesamtstrafe zusammen mit seinen Mitarbeitern betrug 109 Jahre Gefängnis. Dem TV-Sender *A2*, der von ehemaligen *A1*-Journalisten gegründet wurde und für einen kurzen Zeitraum ein unabhängiges informatives Programm ausstrahlte, wurde die Lizenz entzogen. Die *message* der Regierung an andere Medieneigentümer war, die Konsequenzen einer kritischen Berichterstattung aufzuzeigen.

Der Anführer der kleinen oppositionellen Partei für europäische Zukunft, Fijat Canoski verließ die Koalition der Rechten nach diesen Entwicklungen. Daraufhin wurde auf Beschluss der Regierung ein Wohnkomplex, den Canoski als Bauherr errichtete, wegen einer kleinen Abweichung vom Bauplan abgerissen. Das Bauprojekt kostete ca. eine Millionen Euro.

Kurz nach der Zusammenstellung der neuen Regierung schickte Ministerpräsident Gruevski einen Brief an die Parteimitglieder, in dem zu einer Abrechnung mit den »Transitionspolitikern« der Phase nach 1990 aufgefordert wurde. Das wurde manifestiert im neuen Parteiprogramm, bekannt unter dem Namen »Wiedergeburt in 100 Schritten«. Der Wirtschaftspluralismus sollte grundlegend geschwächt werden. Fast der gesamte Handel ist seitdem unter Kontrolle der Regierung bzw. von Regierungsmitgliedern; potentielle Geldgeber der Opposition wurden zunehmend von Inspektoren des Finanzamtes kontrolliert. Öffentliche Ausschreibungen gewannen fast ausschließlich Unternehmer, die die Regierungspartei finanziell unterstützen.

Weiter wurden Medienpluralismus und Meinungsfreiheit stark eingeschränkt. Nach der Schließung des kritischen Fernsehsenders *A1*, dem Entzug der Lizenz des Senders *A2* und der Schließung der Tageszeitungen *Vreme*, *Shpic* und *Koha* war im Prinzip die Medienlandschaft Mazedoniens auf Regierungskurs eingestellt. Die Eigentümer der zwei größten nationalen Fernsehsender, *Kanal 5* und *Sitel*, sind Parteivorsitzende kleinerer politischer Parteien, die Mitglied der Koalition mit VMRO-DPMNE sind. Die Regierung finanziert diese Sender über die Schaltung von Beiträgen zu Regierungsprojekten und Wahlkampfspots. Als größter Auftraggeber für Werbung hält die Regierung mit diesem Modell praktisch auch die Druckmedien wie *Večer*, *Nova Makedonija* und *Dnevnik* unter Kontrolle. Medien, die nicht unter ihrer Kontrolle standen, wie z. B. der Fernsehsender *Alfa* und die Tageszeitungen, die zur WAZ-Gruppe gehörten, wurden von der Regierung nahestehenden Geschäftsleuten gekauft. Gleichzeitig wurden viele unabhängigen Redakteure und Journalisten von diesen Medien entlassen. Der staatliche TV-Sender wurde nicht nur gänzlich unter die Kontrolle der Regierung gestellt, sondern erhielt auch ein Design in den Farben der Regierung. Mit der Änderung des Rundfunkgesetzes wurde die Anzahl der Mitglieder im Rundfunkrat erhöht. Das unabhängige Gremium wurde dadurch faktisch unter Regierungskontrolle gestellt.

Neben der vollkommenen finanziellen und politischen Kontrolle über die Medien, wurden politische Debatten zwischen Regierung und Opposition in den Medien abgeschafft. Die Regierungsvertreter und der Ministerpräsident treten alleine und ohne Vertreter der Opposition in politischen Programmen auf. Einige politische Programme, bei denen Oppositionspolitiker noch ihre

Standpunkte mitteilen konnten, wie z. B. die Sendung »WinWin« von Olivera Trajkovska auf *Alfa-TV*, »X/O« von Robert Popovski auf *Kanal 5 TV*, »Politiko« von Sashe Ivanovski auf *Nasha TV* und »Ako so Chom« von Aleksandar Chomovski auf *MTV*, wurden eingestellt. Die Vorsitzende der Journalistengewerkschaft, Tamara Chausidis, wurde wegen der öffentlichen Verteidigung von einigen entlassenen Journalisten, ebenfalls entlassen. Eine große Anzahl von Journalisten wurde mit hohen Geldstrafen belegt. Die Strafanzeige lautete: »Schädigung des Ansehens« von Regierungsvertretern bzw. von der Regierung nahestehenden Geschäftsleuten und Medien. Seit 2009 fiel Mazedonien im Bericht von »Reporter ohne Grenzen« kontinuierlich zurück und rangiert heute an 116. Stelle von insgesamt 179 Ländern in der Welt. Die internationale tätige NGO *Freedom House* mit Sitz in Washington bewertete Mazedonien in ihrem letzten Bericht als »teilweise freies Land«. Als teilweise freie Länder werden in der Welt gemäß der Kriterien von *Freedom House* Länder angesehen, in denen »die Bürger unter dem hohen Korruptionsniveau leiden, in denen schwache Rechtsstaatlichkeit herrscht, in denen es ethnische und Glaubenskonflikte gibt und in denen in der politischen Szene, trotz eines gewissen Niveaus von Pluralismus, nur eine Partei dominiert«.

Außerdem förderte die Regierung die Entwicklung eines »regierungskontrollierten Nichtregierungssektor«. Über das Regierungsprogramm zur Finanzierung von Bürgerinitiativen aus Haushaltsmitteln nutzt sie die Möglichkeit, einen Nichtregierungssektor zu schaffen, der das politische Programm der Regierung unterstützt. Ein großer Teil dieser neu geschaffenen Bürgerinitiativen wird zur Organisation von »Gegenprotesten« gegen die öffentliche Manifestierung jeglicher Unzufriedenheit der Bürger genutzt. Jeder öffentliche Protest der Opposition wird zuerst als »politisch instrumentalisiert« disqualifiziert und es werden sofort öffentliche Gegenproteste organisiert. Mazedonien ist eines der wenigen Länder der Welt, in denen die Regierung Proteste vor dem Sitz der Opposition organisiert und den Sturz der »Opposition« fordert. Jeder öffentliche Protest wird mit einem noch massiveren Gegenprotest der Regierungsanhänger begleitet.

Zur Schwächung der Opposition wird auch die Lustrationskommission genutzt. Zu Verleumdern wurden über Nacht ernannt: der Vorsitzende des Verfassungsgerichts, Trendafil Ivanovski, der es gewagt hatte, Gesetzesvorhaben der Regierung abzulehnen; der Direktor der Stiftung

Soros, Vladimir Milcin, der offen die Regierung kritisiert; der Direktor der NRO *Zentrum für strategische Forschungen*, Gjuner Ismail, der das Projekt »Skopje 2014« kritisiert; der Vorsitzende der oppositionellen Partei von Titos linken Kräften, Ugrinovski, und andere.

Und schließlich: Die Möglichkeit der institutionellen Einflussnahme der Opposition und der institutionellen Kontrolle der Regierung wurde gänzlich abgeschafft. Die parlamentarische Mehrheit im Parlament hat verhindert, dass ein einziger Gesetzesvorschlag der Opposition angenommen wurde.

Das Projekt der Errichtung von antikisierenden Denkmälern und Barockfassaden in Skopje, bekannt als »Skopje 2014«, ist nach einigen Informationen angeblich von geplanten 80 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro angestiegen. Mit der Suche nach den »neuen« antiken Wurzeln der Mazedonier, der politischen Instrumentalisierung der Geschichte und der neuen Mythologisierung, die mit dem Namen Alexanders des Großen verbunden ist, hat die Regierung de facto den Annäherungsprozess an die NATO und EU erschwert.

Nach den Parlamentswahlen 2011 setzte ein Prozess der »politischen Deliberalisierung« ein. Auf systematische Weise wurde die Entwicklung des politischen Liberalismus und des Rechtsstaates behindert. Das wirtschaftliche Entwicklungsmodell basiert auf der stetigen Verschuldung des Landes im Ausland und des einheitlichen niedrigen Steuersatzes, der einer kleinen Gruppe nationaler und ausländischer Investoren Privilegien einräumt.

Ein kultureller Konservatismus manifestiert sich auch durch den verstärkten Einfluss der orthodoxen Kirche auf die Politik, dem Bau von Kirchen, Kreuzen an jeder höher gelegenen Stelle und das Propagieren der Religion über die staatlichen Medien, Kampagnen zur Verhinderung von Abtreibungen, Kampagnen für »das dritte Kind« (in den Gemeinden mit christlicher Bevölkerung, in denen die Geburtenrate niedrig ist), den Kampagnen für Familienwerte und eine offene Verbreitung der Homophobie gegenüber der homosexuellen Bevölkerung und des Ersatzes des politischen Diskurses durch populäre Unterhaltung.

Ein populistischer Nationalismus wurde zum Schlüsselinstrument zur Mobilisierung der Massen im permanenten Kampf der Regierung gegen ihre Feinde, die nach Bedarf Albaner, Griechen, Bulgaren, Opposition oder so-

genannte »Transitionspolitiker« oder kritische Vertreter der Internationalen Gemeinschaft in Mazedonien und die Euro-Bürokraten sind. Basierend auf »Nationalstolz« versucht die Regierung gezielt durch teure Projekte Geschichte zu interpretieren, mit dem Projekt »Skopje 2014« sowie durch die Abänderung von Straßennamen, Namen der zentralen Stadtplätze, Flughäfen, Autobahnen und Fußballstadien eine mazedonische Identität zu entwickeln.

Zu den Schlüsselgruppen der politischen Unterstützung gehören: die politisierte öffentliche Verwaltung, die unter Krisenbedingungen nicht verringert, sondern permanent erweitert wird; die Rentner, deren Renten angehoben wurden; und die Landwirte, denen Subventionen aus dem staatlichen Budget zukommen (die aber weder zu einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, noch zur Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft beitragen). Die Regierung präsentiert sich in den letzten sieben Jahren als einziger Verteidiger der nationalen Identität der Mazedonier, die durch Griechenland, allerdings auch durch die einheimischen »Verräter« in der Opposition »gefährdet« sei.

Einige Analytiker, die den Prozess der »Deliberalisierung« der mazedonischen Gesellschaft in den vergangenen sieben Jahren verfolgen, behaupten, dass der Ministerpräsident Nikola Gruevski mit seinem Verhalten verschiedene Phasen durchlaufen habe. Im Zeitraum von 2006 bis vor den Wahlen 2008 sei er ein Technokrat gewesen, der wirtschaftliche Reformen und Änderungen versprach. Kurz vor und nach der NATO-Konferenz in Bukarest, bei der der Beitritt Mazedoniens durch ein griechisches Veto verhindert wurde, und vor allem nach dem Wahlsieg 2008, sei er zu einem Populisten geworden. Zum Ende des Mandats 2011 sei er bereits ein zunehmend autoritärer Regierungschef gewesen. Nach den Wahlen 2011 (mit der Verhaftung von Ljube Boshkovski und der Schließung von *A1 TV*) habe er schließlich eine Entwicklung zu einem Despoten genommen, die mit dem Einsatz der Polizei gegen die Abgeordneten der Opposition im Parlament am 24. Dezember 2012 fortgesetzt worden sei.

Die Opposition

Sofort nach den Wahlen 2011 hatte die Opposition angekündigt, dass sie einen politischen Faktor darstellen wolle, der erfolgreich die Regierung des Landes kontrol-

lieren könne. Branko Crvenkovski, der nach dem Ende seines Mandats als Staatspräsident 2009 wieder den Vorsitz der Partei übernahm, erkannte den Wahlsieg der Konservativen an, erklärte aber, ermutigt durch die höhere Zahl der erzielten Parlamentsmandate, dass die Sozialdemokraten mit 42 Abgeordneten im Parlament eine starke Opposition sein würden, ohne deren Einverständnis Beschlüsse der Regierung nicht durchsetzbar sein würden.

Als einen der Hauptgründe für die Niederlage bei den Wahlen 2011 sah er die Tatsache, dass die amtierende Regierung unmittelbar vor den Wahlen einen Kredit vom IMF in Höhe von 200 Millionen Euro bekommen hatte. Die Mittel aus diesem Kredit wurden zur Auszahlung von Löhnen, Renten, Subventionen, Sozialgeldern und zu Neueinstellungen in der öffentlichen Verwaltung genutzt.

Nachdem die Regierung den Anführer einer Oppositionspartei, Ljube Boshkovski, verhaftete und danach den Fernsehsender A1 schloss und den Eigentümer und die Redakteure des Senders verhaftete, war die Opposition überrascht und unvorbereitet. Erst gegen Ende des Sommers 2012 begann sie, eigene Schwerpunkte in den parlamentarischen Debatten zu setzen; einige ihrer Gesetzesentwürfe und Projekte der Regierung mussten auf Druck der Opposition zurückgezogen werden. Sie wurde aber sehr bald mit der neuen Handlungsweise der Regierung konfrontiert; die parlamentarische Mehrheit agierte wie eine Abstimmungsmaschinerie zur Verabschiedung von Gesetzesvorhaben. Weder eigene Gesetzesvorschläge noch Änderungsanträge der Opposition wurden angenommen. In den Medien herrschte eine an den Interessen und Ansichten der Opposition und der demokratische politische Diskurs wurde regelrecht abgeschafft. Die Regierung und die Regierungspartei initiierten Kampagnen zur Beschuldigung der Opposition und vor allem zur Diskreditierung des Parteivorsitzenden der sozialdemokratischen Opposition. Von Bürgerinitiativen organisierte Proteste wurden von der Regierung als zersetzende Aktivitäten gebrandmarkt; die Regierungspartei begann ihrerseits, Proteste vor dem Sitz der Opposition zu organisieren.

Die Öffentlichkeit und die Wähler bekamen zunehmend den Eindruck, dass die Opposition im politischen System Mazedoniens vollkommen machtlos sei. Sie wurde beschuldigt, sich zu einem zahnlosen Tiger zu entwickeln.

Trotzdem zeigten Umfragen im Frühjahr 2012, dass sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik der Regierung verstärkte; ermutigt durch diese Trends formte die sozialdemokratische Opposition eine erweiterte Oppositionskoalition mit allen anderen oppositionellen Parteien. Unter dem Namen »Bündnis für die Zukunft« kamen zur bereits bestehenden Koalition der Oppositionsparteien, angeführt von der SDSM, noch die Liberal- Demokratische Partei, die Partei VMRO-Volkspartei, die Partei von Ljube Boshkovski, »Vereinigt für Mazedonien«, und die neue Partei »Dostoinstvo« (dt.: »Würde«) hinzu. Die Opposition kündigte an, dass sie mit diesem sehr weiten Bündnis versuchen werde, die konservativen Parteien bei den Kommunalwahlen im März 2013 zu besiegen.

Bereits im Sommer 2012 begannen die SDSM und ihre Partner, Meetings in den Gemeinden zu organisieren; sie stellten ihre Bürgermeisterkandidaten für die Kommunalwahlen vor und begannen eine »Tür-zu-Tür-Kampagne«. Das politische Programm für die Kommunalwahlen sollte so möglichst basisdemokratisch entwickelt werden.

Der »Schwarze Montag« und seine Folgen

Am **24. Dezember 2012** wurden alle Abgeordneten der Opposition der ethnisch mazedonischen Fraktionen von Sicherheitskräften mit grober Gewaltanwendung aus dem Plenarsaal entfernt. Unmittelbar vor dieser Aktion hatte das Sicherheitspersonal des Parlaments auf Anordnung des Parlamentsvorsitzenden Trajko Veljanovski, verstärkt durch Angehörige der Polizei, die akkreditierten Journalisten von der Pressegalerie des Plenarsaals entfernt, um sie davon abzuhalten, über die gewaltsame Entfernung der Abgeordneten der Opposition berichten zu können.

Zeitgleich mit den Ereignissen im Parlament fand eine Demonstration der Opposition vor dem Parlamentsgebäude gegen das von den Regierungsparteien geplante »Durchwinken« des Haushaltes 2013 statt. Nachdem die Demonstranten erfuhren, dass gegen ihre Abgeordneten Gewalt angewendet wurde, um sie aus dem Plenarsaal zu entfernen, versuchten sie, den Polizeikordon zu durchbrechen und in das Parlament einzudringen. Die Polizei verhinderte diesen Versuch unter Anwendung von Gewalt; beim Zusammenstoß der Demonstranten und

der Polizei wurden auch einige Führer der Opposition angegriffen. Nachdem die oppositionellen Abgeordneten zum Verlassen des Parlaments gezwungen wurden, verabschiedete die Regierung den Haushaltsentwurf im Schnellverfahren. Die Opposition lehnt den Haushalt ab, weil er das Land weiter in die Schuldenfalle treibe. Um das zu verhindern, brachte sie 1.225 Änderungsanträge ein. Der Haushalt 2013 sieht Ausgaben von 2,7 Milliarden Euro sowie 2,4 Milliarden Euro Einnahmen vor. Er basiert auf einer Prognose von zwei Prozent Wachstum des Bruttosozialprodukts und einer Inflationsrate von 3,5 Prozent.

Nach einer Analyse des Open Society Institutes Mazedonien verschuldete sich die Regierung von Dezember 2012 bis Ende Februar 2013 um weitere 1,15 Mrd. Euro. Über die Ausgabe von Staatsbriefen und Verpflichtungen verschuldet sich die Regierung auf dem Rentenmarkt um 654,7 Mio. Euro und bei internationalen Kreditgebern (Weltbank, Deutsche Bank und Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) um 493,7 Mio. Euro.¹ D.h., dass innerhalb von drei Monaten die Regierung jeden Bürger um zusätzliche 574,20 Euro bzw. jede vierköpfige Familie um neue 2.300 Euro verschuldete. Mit den Neuverschuldungen beträgt die Gesamtschuld des Landes nun ca. 3 Mrd. Euro. Das BIP Mazedoniens beträgt 7,5 Mrd. Euro, so dass der Gesamtschuldenstand des Staates fast 40 Prozent des BIP ausmacht, wobei die Verschuldungskurve steil nach oben zeigt.

Die Mehrheit der Abgeordneten der Regierungsparteien stimmten ebenfalls über Änderungen der Geschäftsordnung des Parlaments ab, um auch ohne die an sich vorgeschriebenen Unterschriften der Oppositionsabgeordneten in den zuständigen Parlamentsausschüssen Gesetzänderungen beschließen zu können. Tatsächlich wurden dann in der Zeit vom 24. Dezember 2012 bis 24. Februar 2013 90 Gesetze ohne Debatte und ohne Beteiligung der Opposition im Eilverfahren verabschiedet.

Am **25. Dezember** rief die Opposition der ethnisch mazedonischen Parteien (die 42 von insgesamt 123 Abgeordneten im Parlament zählt) zum Boykott des Parlamentes auf. Die Vorkommnisse vom Vortag sowie der Parlamentsboykott der Oppositionsparteien stürzten das Land in eine ernste institutionelle Krise. Die Opposition

forderte gleichzeitig einen Rücktritt des Innen-, Finanz- und Justizministers, die Aufstellung einer technischen Regierung und die Abhaltung von vorzeitigen Parlaments- und Kommunalwahlen (die nach dem Gesetz für lokale Selbstverwaltung für den 24. März 2013 angesetzt sind). Aus Sicht der Opposition stellte dies die einzige Möglichkeit zur Wiederherstellung der Legitimität der Regierungsinstitutionen im Lande dar. Die Regierung und die parlamentarische Mehrheit (von VMRO-DMNE und DUI) lehnten die Forderungen der Opposition ab. Sie beschuldigten sie im Gegenzug, einen Staatsstreich und die Machtübernahme ohne Wahlen zu planen. Danach organisierte die Opposition öffentliche Protestkundgebungen in Skopje und in allen anderen größeren Städten.

Sie kündigte neben dem Boykott des Parlaments nun auch an, die für den 24. März 2013 geplanten Kommunalwahlen zu boykottieren. Am Tag der Kommunalwahlen sollten auch die Mandate der Oppositionsabgeordneten vorzeitig zurückgegeben werden, um so zumindest vorgezogene Parlamentsnachwahlen für diese 42 Mandate zu erzwingen.

Am **11. Januar 2013** gab der Parlamentspräsident bekannt, dass die Kommunalwahlen planmäßig am 24. März 2013 abgehalten werden würden. Die Frist zur Einreichung der Kandidatenlisten lief am 26. Februar 2013 ab und es war vorgesehen, dass der Wahlkampf am 3. März beginnen sollte.

Die Opposition setzte die Proteste und Straßenblockaden fort, organisierte auch »Straßenparlamente« und forderte die internationale Gemeinschaft zur Unterstützung bei der Krisenbewältigung auf.

Am **13. Februar 2013** reiste der Berichterstatter des Europäischen Parlaments für Mazedonien, Richard Howitt, zu einem mehrtägigen Besuch nach Mazedonien. Nach den Gesprächen mit allen am Konflikt beteiligten Seiten, sagte er in seiner Pressekonferenz am 15. Februar 2013 in Skopje, dass er in Anbetracht der aktuellen politischen Krise im Land erwäge, seinen Bericht über die EU-Integration Mazedoniens, den er im April 2013 dem Europäischen Parlament zum Abstimmen vorlegen müsse, zu verschieben. Falls keine baldige Lösung für die Krise gefunden werde, würde eine weitere Chance verspielt die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zu erreichen. Er drückte seine Hoffnung aus, dass es dazu

1. <http://www.soros.org.mk/default.asp?lang=eng&menuid=10>

nicht kommen werde und dass die politischen Parteien im Land eine Möglichkeit finden würden, die Interessen des Landes an die erste Stelle zu setzen.²

Am **14. Februar 2013**, d. h. zwei Tage vor Ablauf der Frist zur Anmeldung der Bürgermeisterkandidaten und der Listen der Gemeinderäte für die Kommunalwahlen (d. h. auch nach dem Gespräch mit Richard Howitt), unterbreitete der Oppositionsführer Branko Crvenkovski (SDSM) einen neuen Kompromissvorschlag; die Lokalwahlen sollten auf den 28. April 2013 verschoben werden und vorzeitige Parlamentswahlen sollten spätestens im September 2013 stattfinden, falls mehr Gemeinderäte der Opposition als der Regierungsparteien bei den Kommunalwahlen gewählt würden. Die Oppositionsabgeordneten würden nach der Akzeptanz dieses Vorschlags ab sofort ihren Parlamentsboykott beenden. Falls die Mehrheit der gewählten Gemeinderäte den Regierungsparteien angehören würde, werde die Opposition dieses Ergebnis akzeptieren, die Abgeordneten würden an den Parlamentssitzungen teilnehmen und Neuwahlen wie planmäßig vorgesehen 2015 stattfinden.

Am **15. Februar 2013** lehnte die Regierung auch diesen Vorschlag der Opposition ab. Stefan Füle, der EU-Kommissar für Erweiterung, sagte daraufhin seinen angekündigten Besuch in Mazedonien ab. Er ließ verlauten, er sei von der Unfähigkeit der politischen Führungseliten in Mazedonien, eine Lösung für die Krise zu finden, »frustriert«.

Am **16. Februar 2013** lief die Frist zur Einreichung der Kandidatenlisten für die Bürgermeisterwahl und Mitglieder der Gemeinderäte für die Kommunalwahlen ab. Einigen Bürgermeisterkandidaten und Mitgliedern der Oppositionsparteien, die den Beschluss zum Boykott nicht einhielten und auf der Liste anderer kleinerer Parteien kandidierten (prominentestes Beispiel war Stevce Jakimovski, der populäre SDSM-Bürgermeister von Karpas), wurde die Parteimitgliedschaft entzogen.

Am **24. Februar 2013** bestätigte die Opposition auf einem Parteikongress in Kumanovo ihre Entscheidung, die Kommunalwahlen zu boykottieren, die Mandate der Abgeordneten am 24. März 2013 zurückzugeben und die öffentlichen Proteste fortzusetzen.

Am **26. Februar** wurde auf einer kurzfristig einberufenen Sitzung des Parlaments das Gesetz für lokale Selbstverwaltung geändert. Dies sollte Unstimmigkeiten in der Opposition hervorrufen. Die Frist zur Einreichung der Listen sollte um 5 Tage, d. h. bis zum 3. März 2013 verlängert werden. Dieser Vorschlag wurde von der Opposition abgelehnt.

Am **1. März 2013** reisten der EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle, der Berichterstatte des Europäischen Parlaments Richard Howitt sowie der ehemalige Vorsitzende des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek kurzfristig zu Gesprächen mit den Parteivorsitzenden nach Mazedonien. Durch ihre Vermittlung wurde am Nachmittag des 1. März 2013 eine Vereinbarung zur Lösung der politischen Krise von den Vorsitzenden der Regierungs- und Oppositionsparteien unterschrieben.³ Es wurde Einigung darüber erzielt, dass:

- der Parlamentsboykott aufgehoben wird;
- die Kommunalwahlen wie geplant am 24. März 2013 stattfinden;
- eine paritätisch besetzte »Ad-hoc-Kommission« eingesetzt wird, die die Vorgänge im Parlament vom 24. Dezember 2012 untersuchen soll;
- die Wahlrechtsreform gemäß der Vorschläge von OSCE/ODIR (vor allem die Überprüfung der Wählerlisten) nach den Kommunalwahlen durchgeführt werden soll;
- Maßnahmen zur Sicherstellung von Medien- und Meinungsfreiheit ergriffen werden;
- Beratungen zur Definierung der nächsten Parlamentswahlen nach den Kommunalwahlen aufgenommen werden.⁴

Das Parlament beschloss daraufhin mit den Stimmen der Opposition eine Verlängerung der Frist zur Einreichung der Kandidatenlisten für die Kommunalwahl bis zum 8. März. Die Wahlen werden am 24. März stattfinden. Es scheint zwar so, als ob mit diesem Vertrag ein wichtiger Schritt zur Lösung der politischen Krise und der Konflikte im Land gemacht wurde. Aber die Ereignisse vom 24. Dezember 2013 und die darauf folgenden Entwicklungen sind ein Indikator, dass in Mazedonien die Grundlagen der demokratischen politischen Ordnung ernsthaft gefährdet sind und dass das Land nach den Lokalwahlen in eine noch tiefere politische und institutionelle Krise stürzen könnte.

2. <http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201302/20130219ATT61368/20130219ATT61368EN.pdf>

3. <http://www.mia.mk/en/Inside/RenderSingleNews/289/102801428>

4. Siehe Anhang 1

Ausblick

Es ist der Opposition in Mazedonien durch ihre Hartnäckigkeit im Haushaltsstreit gelungen, das Vorgehen der Regierung und des Parlamentspräsidenten transparent zu machen. Sie hat gezeigt, dass die rechtsorientierte Regierung von Mazedonien sich weder durch die Verfassung, noch durch Gesetze eingeschränkt fühlt. Sie hat darüber hinaus gezeigt, dass die Regierung bereit ist, Abgeordnete notfalls auch mit Gewalt daran zu hindern, ihr Mandat wahrzunehmen. Weiterhin wurde demonstriert, dass ein massiver öffentlicher Protest mobilisiert werden kann, wenn die Regierung die Rechtsstaatlichkeit nicht achtet.

Die Sozialdemokraten zeigten aber gleichzeitig eine Schwäche in der Einschätzung der realen Machtverhältnisse. Die albanische Oppositionspartei DPA zeigte sich nicht solidarisch mit den aus dem Parlament entfernten Abgeordneten, obwohl diese in der Vergangenheit Änderungsanträge der oppositionellen Albaner solidarisch mitgetragen haben. Dies führte die Regierungspartei dazu, zu behaupten, nur ein Teil der parlamentarischen Opposition, die »Gruppe, die ohne Wahlen wieder an die Macht kommen will«, sei aus dem Parlament gewiesen worden.

Man hatte auch mit einer solidarischen Reaktion der internationalen Gemeinschaft, die sich aufgrund der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage zum großen Teil im Urlaub befand, gerechnet und war umso enttäuscht, dass diese in den folgenden Tagen nicht über einen Appell zur Beruhigung der Situation und zur weiteren Zurückhaltung beider Seiten hinausging. Dies führte zu dem Eindruck, dass »die Opposition für ihr Vorgehen und ihre Forderungen keine Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft bekäme«.⁵

Der Parteivorstand der SDSM hat ebenfalls den starken innerparteilichen Druck und den Wunsch ihrer Mitglieder unterschätzt, dennoch an den Kommunalwahlen teilzunehmen, um so zumindest einen Teil der kommunalpo-

litischen Machtbasis der Partei zu erhalten. Als einige Vertreter der Opposition ankündigten, die Kommunalwahlen nicht zu boykottieren und stattdessen mit unabhängigen Listen oder auf den Listen anderer Parteien an den Kommunalwahlen teilzunehmen, reagierte die SDSM mit deren Parteiausschluss. Unter anderen wurden auch der ehemalige Vorsitzende der SDSM, Vlado Buckovski, sowie der populäre Bürgermeister von Karpos (einem Stadtteil von Skopje), Stevche Jakomovski, ausgeschlossen. Diese Maßnahmen trugen dazu bei, dass eine Spaltung der SDSM zu befürchten war.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist es kaum zu verstehen und zu vermitteln, dass die von der SDSM geführten Oppositionsparteien und die Regierungspartei VMRO-DPMNE sich darauf einigten, gemeinsame »mazedonische« Kandidaten in den Gemeinden Kicevo, Struga, Dolneni und Brvenica, die einen hohen Anteil ethnisch albanischer Bürger aufweisen, gegen die »Front der albanischen Parteien« aufzustellen. Damit zementiert auch die Opposition die Logik der ethnischen Teilung der Bevölkerung, anstatt durch Zusammenarbeit und Koalition mit den albanischen Oppositionsparteien die Entwicklung einer starken multiethnischen Opposition anzustreben.

Unter den gegebenen Bedingungen, in denen die Regierung über ein Monopol über die Medien und über viel höhere finanzielle Mittel für den Wahlkampf verfügt sind die Chancen der Opposition auf einen Sieg bei den Kommunalwahlen sehr gering. Manipulationen beim Aufstellen der Wählerlisten, bei den Wahlen selbst oder beim Auszählen der Stimmen müssen befürchtet werden.

Wenn die Regierungsparteien die Kommunalwahlen gewinnen, werden sie m. E. auf keinen Fall über vorgezogenen Neuwahlen verhandeln. Hier lässt die am 1. März 2013 unterschriebene Vereinbarung zur Beilegung der politischen Krise in Mazedonien durch ihre Formulierung viel Interpretationsspielraum. Es wird dort nicht von »vorgezogenen Parlamentswahlen« gesprochen, sondern vom »Definieren des Datums für die nächsten Parlamentswahlen«.

Auch wenn durch die Vereinbarung vom 1. März 2013 die politische und institutionelle Krise vordergründig gelöst werden konnte, ist die weitere demokratische Entwicklung Mazedoniens nicht gesichert. Es wird ab-

5. Siehe: <http://www.balkanicaucaso.org/eng/Regions-and-countries/Macedonia/Macedonian-political-crisis-opposition-to-run-in-local-elections-132074>; <http://www.euractiv.com/en/largement/macedonia-opposition-eu-turns-bl-news-516863>; der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, beschuldigte gar die Opposition, das Land in Geiselhaft zu nehmen; vgl.: <http://balkanblog.org/2013/02/23/macedonian-prime-minister-nikola-gruevski-who-polari-se-public-opinion-and-are-accused-of-power-grabbing/>



zuwarten sein, welche Mehrheiten bei den Kommunalwahlen erzielt werden und welche Folgen der Ausgang der Kommunalwahlen auf die nationale Politik haben wird.

Zu befürchten ist, dass die Regierung, gestärkt durch einen eventuellen Sieg bei den Kommunalwahlen, ihren autokratischen Regierungsstil beibehält; dass auf der anderen Seite nach einer eventuellen Wahlniederlage bei den Kommunalwahlen, die Kräfte in der sozialdemokratischen Opposition Oberhand gewinnen, die glauben, eine demokratische Entwicklung müsse durch Boykott und massive Mobilisierung der zunehmend frustrierten Bevölkerung auf der Straße erzwungen werden, dass des weiteren interethnische Konflikte immer wieder aufflackern oder gar politisch instrumentalisiert werden.⁶

Abzuwarten bleibt auch, ob die in der Vereinbarung vom 1. März 2013 beschlossene Untersuchungskommission rechtzeitig eingesetzt wird, ob sie ihren Untersuchungsbericht rechtzeitig vorlegen kann, und ob dann im Juni 2013 der Beginn von konkreten EU-Beitrittsverhandlungen Mazedoniens von der EU-Kommission dem Europäischen Rat zur Abstimmung vorgeschlagen werden kann.

6. Am 1. und 2. März 2013 kam es zu massiven gewalttätigen Ausschreitungen in Skopje; auf der einen Seite die slawischen Mazedonier, die gegen die Ernennung ehemaligen UCK-Kommandeurs Thalut Xhaferi zum Verteidigungsminister protestierten und auf der anderen die darauf folgenden Gegenproteste der albanischen Mazedonier, die für Thalut Xhaferi protestierten.

Der Wortlaut der Vereinbarung vom 1. März 2013

»Proposal for a resolution to the political crisis. The parties agree:

- to support the state's strategic priorities by means of a cross-party memorandum of understanding or parliamentary resolution confirming support for the Euro-Atlantic integration agenda and committing to refrain from actions which undermine this goal;
- to resume normal political life – all parties return to Parliament and participate in the scheduled local elections;
- to support immediate key reform measures, including improving the functioning of Parliament, including the President's initiative to convene an ad hoc commission of inquiry to look into inter alia the events on and before 24 December, including their constitutionality, security in and outside of Parliament and revision of the parliamentary Rules of Procedure, the results of which would be reflected in the Commission's progress report in the autumn of 2013;
- electoral reform – after the local elections, including in relation to the voting registry, for example, a post-election audit of the list and the other OSCE/ODIHR recommendations;
- freedom of expression – resumption of dialogue with journalists led by the Association of Journalists and other confidence-building measures;
- to an election calendar – they agree to give adequate time to register the list of candidates for these local elections, then to meet immediately after the local elections to discuss the internal political situation, including the findings of the commission of inquiry on the 24 December and to continue the discussions, in good faith, on all options, and without prejudice for defining the timing of the next parliamentary elections and on the basis of implementation of the OSCE/ODIHR recommendations so that the results can be taken into account in the next Commission progress report;
- the EU agrees that a fourth meeting of the High-Level Accession Dialogue is scheduled with the EC this month, March, involving the Government and the National Council for European Integration;
- that the EC presents its Report, as requested by the Council, by mid-April and that the EP schedules a vote on its Report in a positive and in a constructive framework.«

Reported on 01.03.2013 in electronic media and on 04.03.2013 in print media;
Sources: Dnevnik; Utrinski Vesnik; Vest; Kanal 5; Sitel; Telma; Alfa; MTV1; MIA; Makfax



Über den Autor

Dr. Heinz Bongartz ist Landesvertreter der FES in Mazedonien.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-508-9